

Zugestellt durch Info.Post

# Wir Steirer

**FPÖ**  **DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI**

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

**GLEISDORF**

Impressum: F.d.l.v. FPÖ Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz  
E-Mail: [weiz@fpoe-stmk.at](mailto:weiz@fpoe-stmk.at), Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95  
Bezirksparteibeamteter Patrick Derler, Politische Information

AUSGABE DEZEMBER 2022



Die **FPÖ Gleisdorf** wünscht

*frohe Weihnachten*

und alles Gute für das neue Jahr 2023!



Willibald Spörk

Harald Lembacher

Ing. Gerald Trieb

# Geschätzte Gleisdorferinnen, geschätzte Gleisdorfer!



„No taxation without representation“ – zu Deutsch etwa „Keine Besteuerung ohne gewählte politische Vertretung“ (zitiert nach Wikipedia), war ein Beweggrund der amerikanischen Revolution und Unabhängigkeitsbewegung. Das Budgetrecht ist heute Kern jeder bürgerlichen Mitbestimmung.

Wir müssen daher wieder stärker ins Bewusstsein rücken, dass das Geld, das unser Staat ausgibt, vom Steuerzahler kommt. Entweder direkt über Steuern und Abgaben oder indirekt als Schuldenlast, die den Staatsbürgern und künftigen Generationen wie ein Mühlstein um den Hals gelegt wird.

Es ist unverzichtbar, ganz genau hinzusehen, wie und wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden. Der Griff in die Staatskassa und die Taschen der Bürger ist leider allzu leicht und gewohnt geworden. Dabei geht es nicht nur um die leidigen Korruptionsaffären à la ÖVP, die die Republik offenbar zum Bankomaten für eigene Interessen umfunktioniert hat, auch die Währungspolitik der EZB (Niedrigzinsen und Staatsfinanzierung via Anleihen) reißt uns dank Inflation nun ein Loch in den Geldbeutel.

Energiewende und Flüchtlingskrise kosten Unsummen, der finanzielle Schaden, den die Coronamaßnahmen verursacht haben (4.000.000.000,00 EURO für die maßlose Testerei und 47.000.000.000,00 EURO für Coronahilfen, die Milliardenbeträge hier bewusst ausgeziffert), muss auch erst noch verdaut werden. Dazu kommen die massiv gestiegenen Wohnungs- und Energiekosten, die jeder direkt spürt.

Man könnte meinen, dass dies an Belastungen schon genug wäre, nicht so die Gleisdorfer Gemeindevertretung. So wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 26.09.2022 von ÖVP, SPÖ und Grünen im Grundsatz ein Klimaschutzplan für Gleisdorf beschlossen. Das klingt zwar super, wird aber, wenn man genauer hinsieht, Einschränkungen für die Bewohner Gleisdorfs und für die Stadtgemeinde als auch die Bürger zusätzliche finanzielle Belastungen bringen. Die FPÖ Gleisdorf hat diesem Hurra-Beschluss ganz bewusst nicht zu-

gestimmt. Jede zukünftige Maßnahme muss nämlich einzeln auf ihre finanziellen und sonstigen Auswirkungen auf Gemeinde und Bevölkerung geprüft werden, und zwar ohne sich im Vorhinein durch einen Grundsatzbeschluss quasi selbst schon zu binden. Ohnedies ist nicht klar, welchen Prinzipien die Verwendung öffentlicher Mittel unter Bürgermeister Stark folgt. Für eine Volksbefragung zum Ankauf der Grünflächen in der Schießstattgasse war die ÖVP-Mehrheit ja nicht zu haben, es hätte angeblich der Pleitegeier, personifiziert durch die Gemeindeaufsicht, gedroht.

Der sündteure Umbau des Einbahnringes in eine Radautobahn mit Autoverkehr ist aber höchst willkommen. Wenn deshalb künftig Konsumenten den Ortskern meiden, hätte man ironischerweise erreicht, was man umgekehrt den Corona-Demonstranten vorgeworfen hat: die Schädigung der Gleisdorfer Wirtschaft. Ob Gemeinderat Dr. Weber daher wieder eine Demo – diesmal gegen den verkehrsberuhigten Einbahnring und für die Gleisdorfer Wirtschaft – plant, ist nicht bekannt. Vermutlich würde er eine solche aber sowieso kurzfristig vorher wieder absagen.

Für das Bezirkspflegeheim fehlen Geld und Personal, für einen Skaterpark um ca. 300.000 EURO ist die Gemeinde-ÖVP allerdings schon zu haben. Bürgermeister Stark und ÖVP-Jugendreferent Dominik Kutschera unternahmen zwecks Information sogar eine – von der Gemeinde, also dem Steuerzahler finanzierte – Exkursion in eine niederösterreichische Gemeinde. Da freuen wir uns schon darauf, welche Tricks (Grabs, Flips, Grinds, Flats und „Financials“) Kutschera und Stark uns in dieser Sache noch zeigen werden.

Gegen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung ist nichts einzuwenden, eine Investition in dieser Größenordnung allerdings ist derzeit nicht vertretbar.

Ihr Stadtparteiobmann Gemeinderat

**HARALD LEMBACHER**

## Liebe Gleisdorfer, liebe Gleisdorferinnen!

Als alleinerziehende Mama von zwei Kindern haben mich die Teuerungen sehr hart getroffen. Ich lege sehr viel Wert darauf, dass meine Kinder regional essen, Obst, Gemüse und vor allem Fleisch, auch in Bio-Qualität. So habe ich ebenso Gebäck bis vor kurzem noch beim Bäcker gekauft.

Mittlerweile kosten einige Produkte schon fast doppelt so viel wie noch vor einem halben Jahr, trotz der Angebote und – 25 Prozent-Pickerl. Der Schulstart war schon immer eine Herausforderung und auch hier wird von Jahr zu Jahr alles teurer, wobei ich hier viele Angebote nutzen konnte. Zum Anderen hat sich mein Strompreis verdoppelt, von den Spritpreisen und der zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Steuer möchte ich gar nicht erst zu reden

anfangen, zudem sich die CO<sub>2</sub>-Steuer im Jänner noch mal erhöhen wird. Die

Strompreisbremse ist noch nicht da, der Klimabonus war auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein, die Fixkosten sind trotzdem jeden Monat zu zahlen und eine richtige Erleichterung ist nicht in Sicht.

Ich hoffe, es gibt bald eine Lösung, wie soll das sonst alles noch weiter gehen?

Mit freundlichen Grüßen  
**NINA OCHENBAUER**




Ich wünsche allen  
*frohe*  
**Weihnachten**  
und alles Gute  
für das neue Jahr!

Euer  
**LAbg. Vzbgm. Patrick Derler**  
Bezirksparteiobmann

**FPÖ**  
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

## „Magnum vectigal est parsimonia“ – „Sparen ist eine gute Einnahme“

Ein Leitspruch, den sich die Stadtgemeinde Gleisdorf auf die Fahne geschrieben hat oder eben doch nicht so ganz.

Gleisdorf soll einen Skaterpark bekommen. Grundsätzlich eine tolle Sache, nicht nur für die Jugend, sondern auch für die Attraktivität der Stadt selbst. Vor allem wenn man bedenkt, was dort hinter dem Fußballstadion außer dem Skaterpark noch alles entstehen soll.

Ich komme nicht herum, das als gute Sache zu sehen. Allerdings komme ich auch nicht um das „aber“ herum, denn dieser Skatepark soll auch um die 300.000 Euro kosten und das beinhaltet noch nicht mal die Aufschließung. Das ist natürlich eine Menge Steuergeld, im Moment wiegt dies noch mehr als vor einigen Jahren. So hat man in den letzten Jahren durch die Coronamaßnahmen doch einiges an Einnahmen verloren. Zusätzlich stehen die enormen Teuerungen, ausgelöst durch die verfehlte Sanktionspolitik, im Raum. Die Gemeinde muss also sparen, das geht so weit, dass man die Öffnung der Kunsteislaufbahn verkürzt und die Sauna für diesen Winter erst gar nicht in Betrieb nimmt. Verständlich bei den zu erwartenden

Kosten. Es wird also schon so schwer werden, hier ein Budget für 2023 zusammen zu bringen, das einigermaßen ausgeglichen ist. Da fragt man sich doch, wie man hier zusätzlich noch die Kosten für einen Skatepark implementieren will und ob es überhaupt gerechtfertigt ist, dies zu tun. In Zeiten, in welchen Mitbürger jeden Euro umdrehen müssen um Strom, Heizung und das tägliche Leben finanzieren zu können, sollte man da nicht als Gemeinde mit gutem Vorbild voran gehen?

Scheinbar nicht, wenn es um ein ÖVP-Prestigeprojekt geht. Denn da verfällt man wieder in die „Koste es, was es wolle“ Politik zurück und auf Grund der absoluten Mehrheit im Gemeinderat kann man diese auch durchsetzen, unabhängig davon, was die anderen Fraktionen dazu sagen. Ob das gut ist oder nicht, das sollte jeder für sich selbst beurteilen.

Euer Gemeinderat  
**WILLIBALD SPÖRK**



## GESUNDHEITS- SYSTEM RETTEN: VERSORGUNG FÜR ALLE STEIRER SICHERN!

-  Aufrechterhaltung aller Krankenhaus-Standorte
-  Mehr niedergelassene Ärzte
-  24h-Notarztwesen landesweit
-  Mehr Kinder- und Jugendärzte



**MARIO KUNASEK**  
LANDESPARTEIOBMANN



## ■ Liebe Gleisdorfer!

### Ein dringlicher Apell: Bezieht Stellung zu euren Überzeugungen!

Ich weiß gar nicht wo ich anfangen soll. Beinahe jeder von uns versucht, so gut es geht durch das Leben zu kommen. Wir versuchen immer alles richtig zu machen – meistens zumindest. Und das ist ganz sicher nicht leicht. Wir bezahlen unsere Rechnungen so gut es geht, wir halten uns an Versprechen und wir versuchen für unsere Kinder ein gutes Vorbild zu sein.

Und dann? Und dann hören wir die Nachrichten. Jeder zweite Satz beginnt mit Korruption und handelt von der ÖVP, oder wir hören über das massive Versagen unserer Regierung beim Versuch, der Teuerung zu begegnen. Zu allem Überfluss scheinen wir inzwischen auch wieder als Urlaubsland für Flüchtlinge interessant zu sein.

Wenn die Nachrichten vorbei sind, haben wir wahrscheinlich keine gute Laune mehr. Vielmehr fragen wir uns, warum um alles in der Welt so ein korrupter Chaosclub unser Land regiert. Das hatte lange Zeit keine allzu große Rolle gespielt, aber inzwischen hat das politische Geschehen direkten Einfluss auf unser ganz persönliches Leben. Diese Gefahr kommt für viele von uns in greifbare Nähe und das ist genau der Punkt, wo das Versagen der Regierung zu einem persönlichen Problem wird.

Mir wird beinahe schlecht, wenn ich wieder höre, wie sich ein ÖVP-Politiker herauswindet und lügt, um seine Interessen zu schützen, anstelle sich zu seinen Fehlern zu bekennen. Diese Menschen sind das Gesicht Österreichs nach außen hin! Im ersten Artikel der Bundesverfassung steht: „Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus.“ Unsere Bundesverfassung regelt unser Zusammenleben als repräsentative Demokratie. Ich fühle mich von solchen Leuten nicht repräsentiert - das Gegenteil ist der Fall. Ich denke, dass Menschen mit solchen Wertvorstellungen MICH ganz sicher nicht repräsentieren sollen und ich bin mir sicher, Ihnen geht es ähnlich.



### FLÜCHTLINGSZUSTROM IN ÖSTERREICH

Ich möchte hier nur kurz auf ein Thema eingehen, welches viele von uns bewegt.

Das alte Thema mit den Flüchtlingen lässt uns nicht los. Nach einer teuren Pandemie, wirtschaftlichen Einbrüchen und einer Inflation, die uns alle arm machen wird, haben wir einen stärkeren Flüchtlingszustrom als jemals zuvor. Das ist nicht verwunderlich, denn wir sind immer noch ein relativ reiches Land. Wir können aber nicht allen helfen und wir wollen es auch nicht. Bitte verstehen Sie mich

nicht falsch - ich bin mir bewusst darüber,

dass wir als Teil einer internationalen Gemeinschaft die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben haben und uns natürlich auch zu den Menschenrechten bekennen und das ist auch gut so. Ich stelle mir aber sehr wohl die Frage: Warum können Menschen in Österreich bleiben, die nicht willens sind, unsere Sprache zu erlernen. Wie kann es sein,

dass viele Geflüchtete gar nicht arbeiten wollen

und es sich lieber in der sozialen Hängematte bequem machen? Was ist mit straffälligen Flüchtlingen? Auch hier habe ich kein Verständnis dafür, dass diese im Bundesgebiet bleiben können. Hier braucht es schnelle Aberkennungsverfahren und Abmachungen mit Drittstaaten, die diese Flüchtlinge zurücknehmen. Schläft unsere Regierung? Wir haben in der aktuellen Situation genug eigenen Probleme.

Vor diesem Hintergrund komme ich auf meinen Apell aus dem Titel meines Artikels zurück. Wir leben in einem Rechtsstaat und die Staatsgewalt wird demokratisch gesteuert. Also nutzen wir bitte dieses Instrument. Bitte bekennen Sie sich zu ihren Überzeugungen – nicht mit Gewalt und dumpfer Wut, sondern mit einer gefestigten, politischen Überzeugung.

Ihr Gemeinderat **ING. GERALD TRIEB**





*Frohe*  
**Weihnachten**

und ein erfolgreiches  
Jahr 2023 wünscht

**MARIO KUNASEK**

FPÖ-Landesparteiobmann  
Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

## Teuerung entgegenwirken - Asylsystem ändern – fleißige Steuerzahler unterstützen!

Wir erleben derzeit eine der größten Teuerungskrisen in den letzten Jahrzehnten. Die Inflation ist bereits weit über der Zehn-Prozent-Marke.

Die Preise für Lebensmittel, Heizung, Strom, Treibstoff und Baustoffe gehen durch die Decke. Wäre es nicht gerade deshalb höchst an der Zeit, über Maßnahmen zur Entlastung der Steuerzahler nachzudenken? Einmalzahlungen, welche vorab ohnehin schon hundertfach durch die hohen Rohstoffpreise – die nicht gedeckelt wurden – in die Finanzkasse des Staates gespült wurden, sind jedenfalls keine nachhaltige Lösung. Aus

meiner Sicht müsste man gerade in Anbetracht der Massenzuwanderung aus aller Herren Länder eine restriktivere Asylpolitik leben. Die dadurch lukrierten Mittel könnte man den fleißig arbeitenden Steirern zukommen lassen. Es wäre nur fair, Österreichern und Steirern, welche seit Jahrzehnten fleißig arbeiten und somit unser Sozialsystem stützen, in dieser Zeit der massiven Teuerung mit entsprechenden Unterstützungsleistungen unter die Arme zu greifen.

Ihr LABg. Vzbgm. **PATRICK DERLER**  
Bezirksparteiobmann der FPÖ Weiz

## Mangel an medizinischem Fachpersonal hat gravierende Auswirkungen auf Versorgungssituation!

Aktuell sind wir in der Steiermark mit zahlreichen Problemstellungen im Gesundheitswesen konfrontiert, welche von den zuständigen Landes- und Bundesregierungen viel zu lange ignoriert wurden. Eines der Hauptprobleme im Bezirk Weiz ist, dass im LKH aufgrund des offensichtlichen Personal mangels nicht mehr alle Betten belegt werden können. Das wird sich mittelfristig auch auf die Versorgungssituation im Bezirk Weiz auswirken. Auch in den Pflegeheimen – insgesamt gibt es zehn im Bezirk – gibt es dem Vernehmen nach bereits Bettensperren, da das notwendige Fachpersonal zur Betreuung der Bewohner schlichtweg fehlt. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass das Pflegeheim in Gleisdorf sogar um 60 Betten erweitert werden soll, nachdem der Bedarf ja da ist. Wenn es aber jetzt schon an allen Ecken und Enden am Personal fehlt, wird man diesen Zubau in Gleisdorf wohl nicht eröffnen können. Zudem gibt es im

Bezirk enorme Probleme bei der Besetzung des Ärztereitschaftsdienstes am Wochenende, welche sich unter anderem in den wenig rentablen Rahmenbedingungen begründen. Hier wäre die steirische Landesregierung angehalten, diesem Umstand endlich mit wirksamen Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Ausbildung von ausreichend qualifiziertem Personal und die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen müssen ganz oben auf der Agenda der schwarz-roten Verantwortungsträger auf Landesebene stehen.

Die FPÖ hat auch eine eigene Petition an den Landtag Steiermark zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Gesundheitsversorgung in der gesamten Steiermark ins Leben gerufen, welche Sie unter [www.gesundheitssystemretten.at](http://www.gesundheitssystemretten.at) unterschreiben können.



# PETITIONSLISTE:

Zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Gesundheitsversorgung in der Steiermark



## WIR FORDERN:

Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen **Gesundheitsversorgung** in der gesamten Steiermark. Dazu müssen im nächsten „**Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark**“ jedenfalls folgende Aspekte Verankerung finden:

✚ **Aufrechterhaltung und Aufwertung** der steirischen Krankenhausstandorte

✚ Effektive Maßnahmen zur **Bekämpfung des Ärzte- und Pflegekräftemangels**

✚ Wiederherstellung **engmaschiger kassenärztlicher Versorgungsstrukturen** in sämtlichen Regionen

✚ Sicherstellung eines **flächendeckenden und durchgehend besetzten Notarzteswesens**

✚ Konzepte zum **Ausbau der kinder- und jugendärztlichen Versorgung**

Die unterfertigte Petition kann im Original im Rahmen der Öffnungszeiten bei Ihrem Bezirksbüro abgegeben oder per Post an das jeweilige Bezirksbüro versandt werden.

**Bezirksbüro FPÖ Weiz:** Lederergasse 12, 8160 Weiz

**Landesgeschäftsstelle FPÖ Steiermark:** Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz

Vor- und Familienname	Geburtsdatum	Adresse des Wohnsitzes (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	Eigenhändige Unterschrift

### Datenschutzerklärung:

Wir tragen eine hohe Verantwortung im Umgang mit Ihren besonders schützenswerten Daten zu politischen Einstellungen und Meinungen. Welche Daten wir erfassen und wie wir damit sicher umgehen, wollen wir Ihnen offen und nachvollziehbar erklären. Damit kommen wir unserer Informationspflicht bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nach. Ihnen stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch zu. Dafür wenden Sie sich an uns. Wenn Sie glauben, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind, können Sie sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren. In Österreich ist die Datenschutzbehörde zuständig. Für Fragen und Auskünfte wenden Sie sich bitte an untenstehende Verantwortliche.

**Name und Anschrift des Verantwortlichen:** Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Landespartei Steiermark | Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz  
Tel.: +43(0)316/70720 | E-Mail: datenschutz-stmk@fpoe.at

**Welche personenbezogenen Daten erfassen wir?** Name, Anschrift und Geburtsdatum

**Wie verwenden wir Ihre Daten?** Wir erstellen eine Petition an den Landtag Steiermark gem. Art 76 L-VG iVm § 32 GeoLT mit Name, Anschrift und Geburtsdatum und reichen diese abschließend an die zuständigen Stellen weiter. Durch Ihre Unterschrift in der Petitionsliste stimmen Sie zu, dass die angegebenen Daten zum Zweck der Zusendung von Informationsmaterial verwendet werden dürfen und Sie über den weiteren Verlauf dieser Initiative informiert werden. Diese Zustimmung zur Zusendung von weiteren Informationen und Materialien kann jederzeit kostenlos widerrufen werden. Die Organisatoren müssen sicherstellen, dass die gesammelten personenbezogenen Daten für keinen anderen Zweck als die oben erwähnten verwendet werden.

**GESUNDHEITSSYSTEM RETTEN – VERSORGUNG FÜR ALLE STEIRER SICHERN!**